

Was haben wir gegen Windkraft?

Wer sich bisher nicht näher mit dem Thema befaßt hat, steht vielleicht Windkraftgegnern mit Unverständnis gegenüber. Die Vorteile der Windkraft als regenerativer Energiequelle scheinen allzu einleuchtend, Argumente betroffener Anwohner dagegen kleinlich und kurzsichtig.

Dieser Irrtum hat einen guten Grund: Fast alle im Umlauf befindlichen Informationen über Windenergie haben ihren Ursprung bei Herstellern von Windturbinen, Betreibern von Windparks sowie Umweltschutzverbänden und politischen Kräften, die die Windkraft aus ideologischen Gründen propagieren.

Warum wir, die wir weder die Nutzung erneuerbarer Energien hemmen noch die Interessen der Energiekonzerne vertreten wollen, dennoch die Windkraft ablehnen, läßt sich kurz in einem Satz sagen:

Windkraft ist keine Alternative.

In Deutschland gibt es das „Erneuerbare Energien Gesetz“ EEG, das die örtlichen Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, Strom aus Windkraftanlagen in ihr Netz einzuspeisen und zu vergüten. Die festgelegten Vergütungssätze übersteigen den Marktpreis für Strom um ein Mehrfaches.

Es gilt das merkwürdige Prinzip, neue Energiequellen umso stärker zu fördern, je weniger effektiv sie arbeiten. Zusätzlich gewährt der Staat zur Errichtung von Windkraftanlagen günstige Darlehen.

Diese Gesetzeslage hat dazu geführt, daß Windkraftanlagen auch an Orten finanziell noch rentabel sind, an denen sie ökologisch längst keinen Sinn mehr machen. Dies ist praktisch überall in Deutschland der Fall.

Anders als normale Bauvorhaben genießen Windkraftanlagen eine baurechtliche Privilegierung. Selbst in Landschaftsschutzgebieten, in denen aus optischen Gründen nicht einmal eine Hütte genehmigungsfähig wäre, dürfen Windkraftanlagen von beliebiger Höhe errichtet und dafür sogar Wald gerodet werden.

Die bisherige Bilanz ist miserabel.

Aus Zahlen des Bundesverbandes Windenergie läßt sich errechnen, daß Windräder in Deutschland (umgerechnet auf die Nennleistung) nur 77 Tage pro Jahr Strom erzeugen, während sie die restlichen 288 Tage stillstehen.

Leider dreht sich ein Windrad unvorhersehbar im Takt des Windes. Eine dezentrale Versorgung (z. B. eines Dorfes) ist mit Windkraft nicht möglich. Windkraftanlagen müssen ins Verbundnetz eingebunden sein, damit andere Kraftwerke die Schwankungen ausgleichen können. Doch das funktioniert sehr unbefriedigend:

Die trägen Kraftwerke halten eine Reserve für plötzliche Schwankungen vor, denn niemand kann zuverlässig vorhersagen, wann eine Windkraftanlage Strom liefert und wann nicht. In der Praxis bedeutet das, daß zum Ausgleich einer Windböe im Wärmekraftwerk Dampf abgelassen wird. Die zur Dampferzeugung genutzte fossile oder nukleare Energie bleibt in diesem Moment ungenutzt.

Ein bedeutender Teil der un stetig erzeugten Windenergie geht also innerhalb der Reserve unter. Nur ein

Bruchteil wird tatsächlich so verwendet, daß eine Einsparung anderer Energieformen stattfindet.

Eine Studie der Deutschen Verbundgesellschaft schätzt den im Verbund nutzbaren Anteil der Windenergie auf 3 bis 7 % der installierten Nennleistung. Dies entspricht etwa einem Fünftel der winderzeugten Strommenge.

Wenn einfach die Anzahl erzeugter Kilowattstunden in eine Einsparung von CO₂ umgerechnet wird (wie es die Windkraftindustrie tut), ist das blanker Unfug. Leider werden diese falschen Zahlen von der Presse ungeprüft übernommen. Auch für den Nachweis eingesparter Treibhausgase (wie im Kyoto-Protokoll gefordert) müssen diese Zahlen erhalten. Dabei hat niemand durch fundierte Messungen festgestellt, ob bisher überhaupt CO₂ durch Windkraft eingespart wird.

Auch die Energiebilanz ist sehr schlecht, weil ja zum Bau der mächtigen Windkraftanlagen eine Menge Energie verbraucht wird. Bis ein Windrad im deutschen Binnenland so viel sinnvoll verwertete Energie erzeugt hat, wie zu seiner eigenen Herstellung aufgewandt wurde, können 20 Jahre vergehen. Die Hersteller nennen deutlich kürzere Zeiten, weil sie von Ertragswerten eines optimalen Standortes ausgehen, Verluste bei Umwandlung und Weiterleitung ignorieren und Probleme der Netzeinbindung als schon gelöst annehmen.

Die 13.000 Windkraftanlagen in Deutschland decken laut offizieller Rechnung 4 Prozent unseres Gesamtstromverbrauchs.

Unter Berücksichtigung der genannten Einschränkungen liegt ihr Anteil jedoch unter 1 Prozent.

Windkraftbefürworter zählen gern alle regenerativen Energiequellen zusammen, um eine bessere Quote vorzutäuschen. Der Löwenanteil entfällt dabei freilich auf die Wasserkraft, die in Deutschland schon lange vor Verabschiedung des EEG erfolgreich genutzt wurde.

Selbst wenn in einem optimierten Netz tatsächlich jede erzeugte Kilowattstunde beim Verbraucher ankäme, oder wenn die Windkraft außerhalb des Verbundnetzes verwendet würde (z. B. zur Produktion von Wasserstoff), wäre Windkraft auf dem freien Markt zu teuer. Wenn Anbieter trotzdem von erzielbaren Gewinnen sprechen, ist das eigentlich falsch:

Mit Windkraft wird im ökonomischen Sinne kein Gewinn erzielt, sondern Geld umverteilt. Der vermeintliche Erfolg der Windkraft beruht ausschließlich auf planwirtschaftlichen Maßnahmen. Müßte sich Windkraft auf dem freien Strommarkt behaupten, wäre in Deutschland niemals auch nur eine einzige Windkraftanlage errichtet worden.

Die Bevölkerung muß leiden.

Angesichts dieser vernichtend schlechten Bilanz müssen die vielen negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen nicht toleriert werden. Die Windkraft nützt ganz wenigen Menschen und schädigt alle anderen.

- Windkraftanlagen beeinträchtigen nachhaltig das Landschaftsbild. Sie stören aufgrund ihrer Flügelbewegung deutlich mehr als Hochspannungs- oder Mobilfunkmasten. Da Windkraftanlagen sehr hoch sind (teilweise über 130 Meter) und auf Anhöhen errichtet werden, sieht man sie auch noch aus großen Entfernungen. Nachts sind in Generatorhöhe rote Blinklichter zu sehen.



- Häßliche Hochspannungsmasten werden durch Windkraftanlagen nicht überflüssig. Oft werden sogar zur Anbindung von Windparks neue Leitungen gebaut, die dann auf die (nur selten erreichte) Spitzenlast ausgelegt sein müssen.
- Für den Bau von Windkraftanlagen werden große Naturflächen dauerhaft versiegelt. Für eine einzige Windkraftanlage neuerer Bauart werden fast 1000 Kubikmeter Stahlbeton in den Boden eingebracht, die auch nach einem späteren Abbau der Anlage dort verbleiben.
- Die unmittelbaren Anwohner leiden durch stroboskopartige Lichteffekte und einen unangenehmen Geräuschpegel, der an ein entfernt vorbeifliegendes Flugzeug erinnert - je nach Windaufkommen auch nachts.
- Immobilien in der Nachbarschaft von Windrädern verlieren drastisch an Wert und werden dadurch schwer verkäuflich.
- Das Vorhandensein von Windkraftanlagen wirkt sich negativ auf das Fremdenverkehrsaufkommen aus, weil Windräder den Erholungswert einer Region verschlechtern.
- Fahrer und Fußgänger auf nahegelegenen Straßen müssen im Winter mit Eiswurf von den Rotoren rechnen.
- Windkraftanlagen beeinträchtigen an bestimmten Standorten die Vogelflugrouten. Zugvögel werden von den Rotoren der Windkraftanlagen zerstückelt.
- Ein Blitzeinschlag in eine Windkraftanlage zerstört nicht nur die Anlage selbst, sondern kann auch zu Bränden in der Umgebung führen. Da übliche Drehleitern nur 30 Meter hoch ausfahrbar sind, ist die Feuerwehr gegen Windradbrände machtlos.
- Der Bau von Windkraftanlagen führt in Dörfern und Gemeinden zu sozialem Unfrieden, weil viele Menschen unter etwas zu leiden haben, das nur wenigen Leuten finanzielle Vorteile bringt.

Neuerdings werden vermehrt Windparks im Offshore-Bereich geplant, also einige Kilometer außerhalb der Küsten im freien Meer. Der Wind weht dort gleichmäßiger als auf dem Land. Von einer Belästigung menschlicher Anwohner ist nicht auszugehen. Allerdings erfordern Offshore-Anlagen einen noch höheren Aufwand zur Errichtung, weil ihre Fundamente unter Wasser gebaut werden müssen, und weil Unterseekabel ans Festland gelegt werden müssen. Ob die Bilanz der Offshore-Anlagen besser ausfällt, darf daher bezweifelt werden.

Jeder ist betroffen.

Jeder Steuerzahler sollte sich bewußt machen, daß für den Bau von Windkraftanlagen Steuergelder aus rein ideologischen Gründen verschleudert werden.

Jeder Stromkunde muß wissen, daß er mit jeder Kilowattstunde konventionellen Stroms auch sinnlose Windkraftanlagen mitfinanziert. Nicht nur die Ökosteuer hat zur Verteuerung des Stroms beigetragen, sondern auch die Einspeisung "alternativer" Energie zu marktfremden Festpreisen. Sogenannte Öko-Strom-Angebote sind übrigens Etikettenschwindel, weil ihr geringer Aufpreis nicht annähernd die wahren Mehrkosten erneuerbarer Energien deckt.

Jeder umweltbewußte Mensch sollte erkennen, daß ihm aus politischem Kalkül mit der Windkraft eine Alternative vorgegaukelt wurde, die in Wirklichkeit nichts taugt. Die Suche nach lohnenden Energiealternativen wird dadurch zusätzlich erschwert.

Die Frage von Sinn oder Unsinn des Atomausstiegs ist auch unter Windkraftgegnern umstritten. Einig sind wir uns aber in

der Überzeugung, daß keine Zahl von Windrädern in Deutschland jemals ein Atom- oder Kohlekraftwerk ersetzen können wird.

Nur wenige profitieren.

Dem Umweltschutz nutzt die Windkraft überhaupt nicht. Von der derzeitigen Förderpolitik profitieren zuerst die Hersteller von Windkraftanlagen. Dann gibt es Betreiberfirmen, die eigenverantwortlich Windkraftanlagen errichten. Das Geld hierzu erhalten sie von Investoren, denen sie hohe Renditen versprechen. Schließlich verdienen auch noch die Grundbesitzer (meist Landwirte) mit, die ihre Felder für die Aufstellung von Windrädern verpachten. Dies bringt ihnen ein beträchtliches monatliches Zusatzeinkommen.

Die Energieversorgungsunternehmen müssen jede Kilowattstunde winderzeugter Energie zum staatlich festgelegten Phantasiepreis vergüten. Dem steht kein angemessener Nutzen durch die gelieferte Windenergie entgegen, weil der unregelmäßig erzeugte Windstrom im Verbund nur schwer verwertbar ist. Der Fehlbetrag wird auf den Strompreis umgelegt, den der Endverbraucher zu zahlen hat. Zusätzlich wird der Bau von Windkraftanlagen vom Staat durch zinslose Darlehen gefördert.

Die Politik hat versagt.

Das Einspeisegesetz wurde bereits unter der Kohl-Regierung verabschiedet. Die Schröder-Regierung hat es noch weiter ausgebaut und damit einen neuen Boom ausgelöst.

Bei Rot-Grün zielt die Windkraftförderung darauf ab, eine Alibi-Alternative zur Kernkraft zu etablieren und rein rechnerisch die Auflagen des Kyoto-Protokolls einzuhalten. Union und FDP tun sich schwer damit, den Kurs der Regierung zu kritisieren, weil sie einst selbst den Grundstein für die heutige Fehlentwicklung gelegt haben. Nur sehr langsam kommt eine Diskussion darüber in Gang.

In der FDP gibt es einzelne Politiker, die das Problem richtig erkannt haben. Die Union hat einen Gesetzentwurf zur Reform des EEG vorgelegt, der aus unserer Sicht aber noch nicht weit genug geht.

Seitens der Bundesregierung ist nicht mit einer schnellen Änderung der Lage zu rechnen. Der Koalitionsvertrag zählt noch immer den Ausbau der Windenergie zu den politischen Zielen, nun aber vermehrt im Offshore-Bereich.

Wir können etwas tun.

Auf regionaler Ebene kann man als Bürger direkt gegen Windkraftprojekte vorgehen. Aufgrund der Privilegierung reicht das einfache Veto einer Kommune zwar nicht aus, jedoch zeigen Bürgerproteste durchaus Wirkung. Etliche verhinderte Windkraftprojekte belegen dies.

Wo sich eine Gemeinde geschlossen gegen Windkraftanlagen stellt, werden auch keine gebaut. Die Behauptung mancher Bürgermeister, aufgrund der Privilegierung könne die Gemeinde sich nicht wehren, ist eine faule Ausrede.

Mit der Zahl der Protestbewegungen mehrt sich auch die Sensibilität der Bevölkerung für das Thema. Ich bin mir sicher, daß das EEG in seiner heutigen Form früher oder später verschwinden wird. Bis es so weit ist, müssen wir aber wachsam bleiben und uns wehren.

Andreas Beitinger
Februar 2003

www.windkraftgegner.de